kanns gebelsen. Wir brauchen darum kaum zu sagen, daß wir uns freuen würden, den thatsächlich unvermeidlichen Zustand auch gesetzlichen zu erklären und so von der hinkenden Währung endlich zur reinen Goldwährung überzugehen. Man könnte dabei unbedenklich die Zulässigkeit der Zahlungen in Silber auf 50 ℳ hinaufsetzen.

Im Reichstage haben die Währungsfragen in Folge der ewigen bimetallistischen Hetzereien und Treibereien ein gewisses Odium bekommen. Es wird aber gleichwohl unerläßlich sein, dieselben auch einmal von der praktischen Seite anzufassen und die Mittel zu bewilligen, welche zur Ausführung der gesetzlich beschlossenen Münzgestaltung im oben erwähnten Umfange und in der angegebenen Weise nöthig sind. Wir sind nachgerade lange genug mitten im Werke stecken geblieben.

Was die österreichischen gleich den deutschen als gesetzliches Zahlungsmittel bei uns umlaufenden Silberthaler betrifft, so wird zuerst abgewartet werden müssen, ob Oesterreich bei seiner unumgänglichen Währungsreform dieselben nach dem Goldfuß 1 Thaler = 3 ℳ einziehen wird. In diesem Falle wäre die Frage einfach gelöst. Erkennt dagegen Oesterreich seine geprägten Thalerstücke nicht höher an als anderthalb Silbergulden und zieht es letztere nur zum Courswerth ein, so wird zu erwägen sein, ob nicht von Reichs wegen den Besitzern österreichischer Thaler die Entschädigung gegen Gold gegeben werden soll.

Die Anschauungen sind getheilt. Der Fehler, der gemacht wurde, bestand darin, daß man nicht bei unserer Münzreform mit der Aufstoßung oder doch Einziehung der Stücke mit fremdem Gepräge begann. Der Fehler ist heute schwer gut zu machen; die Billigkeit spräche dafür, die Inhaber der Thalerstücke schadlos zu stellen, und wenn Oesterreich sein Gepräge nicht zu 3 ℳ Gold anerkennt, wird schließlich Deutschland als der ausschließliche thatsächliche Besitzer der Stücke den Schaden auf sich nehmen müssen.

Die Rede eines aufgeklärten Schutzzöllners.

Vor Kurzem berichteten wir kurz über eine bemerkenswerthe Rede des Großindustriellen Baron Friedrich Leitenberger in der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer, in welcher er den von ihm gestellten Antrag auf Abschluß eines wirthschaftlichen Schutz- und Trutzbündnisses mit Deutschland, welches zur äußeren Abwehr mit Differentialzöllen ausgestattet werden soll, vertheidigte. Der Schutz einzelner Industrien sei die oberste Nothwendigkeit für Oesterreich; erst dann könne man neue Handelsverträge mit anderen Staaten abschließen. Der Antrag wurde angenommen und der Regierung vertraulich berichtet.

Die uns nunmehr vorliegende Rede verdient eine ausführliche Wiedergabe, namentlich deshalb, weil sie die Anschauungen eines denkenden und aufgeklärten Schutzzöllners enthält, der nicht darüber im Zweifel ist, daß die Schutzzollpolitik so ziemlich am Ende ihrer vermeintlichen Weisheit angelangt ist. Wir lassen nun die wichtigsten Stellen der Rede im Wortlaute folgen:

Im Jahre 1892 gehen alle Handelsverträge, welche Oesterreich-Ungarn mit anderen Staaten auf bestimmte Zeit abgeschlossen, zu Ende, und ein ähnliches Verhältniß tritt auch in den meisten anderen Staaten Europas ein, so daß also das Jahr 1892 in politischer Beziehung ein sehr wichtiges, bedeutungsvolles Jahr zu werden verspricht, ja daß wir in demselben gewissermaßen einer gewaltigen zoll- und handelspolitischen Umwälzung entgegengehen. Die Situation, vor der wir stehen, droht nach und nach eine unerträgliche zu werden. Sie wissen, meine Herren, sehr wohl, daß der Kampf der Staaten untereinander begonnen hat mit dem Hochschutzzollsysteme, indem man Mauer gegen Mauer aufgerichtet; mit den Worten des Abg. Dr. Hallwich zu sprechen: „Krieg ist die Losung!" Alle Staaten haben ihre volkswirthschaftlichen Bajonnette aufgepflanzt und harren der handels- und zollpolitischen Entscheidung des Jahres 1892. Die ganze große Streitfrage von ehedem, ob Freihandel, ob Schutzzoll, hat heutzutage aufgehört zu existiren. Nichts als ein gegenseitiger Kampf, ein Hinüber- und Herüberschießen. Freihandel ist nur denkbar auf der Basis der Gegenseitigkeit. Und wird uns überall der Export unterbunden, so müssen wir zur Nothwehr greifen und ihrem Gebote Folge leisten. Ich will mich heute nicht darüber aussprechen, wer das System der chinesischen Mauer erfunden. Das aber steht fest: es ist dies System besonders von unserem Nachbarstaate übertrieben worden. Die Lage fängt an unerträglich zu werden; wir gehen nachgerade einem grauenhaften Zustande entgegen, gelingt es nicht, im Jahre 1892 eine Consolidirung eintreten zu lassen. Bei der gegenwärtig auf sonst allen übrigen Gebieten des öffentlichen Lebens herrschenden Freizügigkeit ist nur auf einem Felde, dem Gebiete der Production, alle Bewegung auf kleine Inseln zusammengedrängt und gewissermaßen der Abfluß durch Trutzzölle nahezu vollständig abgesperrt. Ich bekenne mich zu den gemäßigten Schutzzöllnern. Wenn aber das Schutzzollsystem eine so drohende Gestaltung annimmt, wie hier angedeutet, so können vielleicht zeitweilig gewisse Industriekreise aus dieser Situation Nutzen ziehen, im großen Ganzen aber müssen wir endlich doch einer großen Umwälzung entgegengehen. Bei dem vollständigen Umschwung aller Verhältnisse auf dem Geldmarkt, hauptsächlich hervorgerufen durch die bedeutende Reduction des Zinsfußes, ist die Frage des Schutzzolles heute im Vergleich zu früher eine ganz andere geworden. Der gemäßigte Schutzzoll hat beabsichtigt, die Productions-Verschiedenheiten möglichst auszugleichen, d. h. uns gegenüber anderen, unter vortheilhaften Verhältnissen arbeitenden Staaten durch Differentialzölle die Concurrenz zu erleichtern. Ist es jedoch so weit gekommen, daß jede Tarif-Nummer des allgemeinen Zolltarifs einen Zollsatz aufweist, der alle ausländische Concurrenz vollständig zu unterdrücken bestimmt ist; es wird dadurch ein Zustand geschaffen, der den alten Prohibitionisten wohl als Eldorado erscheinen möchte, den modernen Anschauungen aber nicht entspricht und darum nicht bestehen kann, zugleich aber auch seinen Zweck verfehlt, weil sich nothwendig die unter den Hochschutzzöllen künstlich großgezogene, vom Export gewaltthätig ausgeschlossene Inlands-Industrie in gegenseitiger Concurrenz schließlich zugrunde selbst aufreibt. (Lebhafte Zustimmung.) Der Schutzzoll, der eine gewisse Grenze überschreitet, ist ein zweischneidiges Schwert. Ich traue überhaupt nicht den Verhältnissen, welche dieser gegenseitige Zollkrieg schafft; ich habe die begründete Besorgniß, daß über kurz oder lang ein sogenannter Krach kommen und die ganze gegenwärtige Zollpolitik zusammenbrechen werde. Die hohen Industrie-Schutzzölle werden bereits durch große Getreidezölle überboten. Es bedürfte nur einer Hungersnoth, und die ganze Getreide-Zollbarricade muß zusammenstürzen und reißt in ihrem Falle das ganze System mit sich. Darum wehe uns und der ganzen Industrie, wenn wir nicht unsere Beziehungen zum Auslande vertragsmäßig zu ordnen im Stande sind. (Allgemeiner Beifall.)

In allen Staaten werden neben gesunden auch ungesunde Industrien gezüchtet, und kommt der Tag, der alle unsere Industrie vertragslos der Concurrenz preisgiebt, dann bricht auch der Kampf los, der Kampf ums Dasein zwischen gesunder und ungesunder Industrie. (Sehr richtig! Bravo!) Unsere ganze wirthschaftliche Zukunft liegt in einer intimen zollpolitischen Annäherung an Deutschland. Das ist unser Ziel, und haben wir das erreicht, so sind wir eines großen Erfolges sicher, der heißt: Zollpolitisches Näherrücken an das Deutsche Reich, und auf Basis dieses wirthschaftlichen Schutz- und Trutzbündnisses, Regelung der Verhältnisse zu den anderen Staaten. Dies scheint mir nach der gegenwärtigen wirthschaftspolitischen Lage, welche ich in meinen einleitenden Worten vielleicht etwas allzu pessimistisch geschildert, die für die Zukunft einzig mögliche Handelspolitik Oesterreich-Ungarns. (Zustimmung.) Was in der weiten Zukunft liegt, kann heute wohl nicht weiter in Betracht gezogen werden, obwohl Sie gewiß Alle, meine verehrten Herren, die Empfindung in sich aufgenommen haben, daß die Entwickelung eines centraleuropäischen Zollverbandes in der Luft liegt. Dies beweisen Aeußerungen von maßgebenden Körperschaften in Deutschland, und selbst im österreichischen Parlamente sind diesbezügliche Andeutungen gefallen. Es wird Ihnen auch nicht entgangen sein, daß eine jüngst erschienene Broschüre des correspondirenden Mitgliedes dieser Kammer Dr. Alexander Peez, welche diese Frage behandelte, in Deutschland geradezu Aufsehen erregt und das officielle Organ des Fürsten Bismarck, die „Nordd. Allg. Ztg.", dieser vortrefflichen Schrift offen und freudig zugestimmt hat. Das mag für das Project als ein gutes Zeichen gelten und eine Gewähr dafür bieten, daß auch das deutsche Reich für das Jahr 1892 mit veränderten Anschauungen begrüßt, so daß wir von dieser Seite ein freundliches Entgegenkommen zu erwarten haben.

Wenn ich von einem europäischen Central-Zollverbande spreche, so will ich nicht mißverstanden werden. Ich verstehe darunter einen Verband europäischer Staaten mit unter sich ausgleichenden Differential-Zöllen (Bravo! Bravo!) Daß daher trotzdem eine große volkswirthschaftliche Bewegung und mancherlei Verschiebungen nicht werden vermieden werden können, ist klar. Aber bei großen wirthschaftlichen Fragen und Entscheidungen darf nicht blos der Kampf der Concurrenz, sondern es muß auch das Bedürfniß des Consumtions-Gebietes berücksichtigt werden. Ebenso wichtig wie die Frage des Zollschutzes ist die Hebung der Consumtions-Fähigkeit eines Landes. Erwägen wir nun, daß trotz der allseitigen großen Machtentfaltung der Industrie, der Hauptfactor, dessen erdrückende Concurrenz uns bei jeder Zolländerung droht, nach wie vor die englische Industrie geblieben ist, welche vorzüglich unter dem Einflusse der gegenwärtigen Zinsfuß-Depression bei der allergeringsten Rentabilität colossale Anlagen wie Treibhauspflanzen entstehen läßt, so erkennt man die zwingende Nothwendigkeit eines Centralverbandes mit kräftigen, wirksamen Außenzöllen, um ebensowohl die heimische Industrie vor der englischen Concurrenz wie die Landwirthschaft vor der nicht minder bedrückenden Concurrenz des amerikanischen, indischen und russischen Getreides, der australischen Wolle ꝛc. zu schützen. Auch diese Frage tritt schon heute an uns heran; sie ist die Folge der nordamerikanischen Schutzzollpolitik. Unter dem jetzigen Präsidenten soll ein amerikanischer Centralverband mit Einziehung von Brasilien und Australien gegründet werden. So soll uns auch noch der Markt in Brasilien genommen werden. Wenn sich nun Amerika so sehr einengt, daß wir in Oesterreich-Ungarn nicht mehr ein Atom von Industrieproducten dahin führen können, dann wird es doch wohl an der Zeit sein, auch gegen die amerikanische Concurrenz energisch aufzutreten. Da wird auch ein Freihändler nicht einwenden können, man nehme das Getreide, wo es am billigsten ist, damit auch das Brot am billigsten sei; selbst das billigste Brot ist dem zu theuer, der an der überseeischen Concurrenz zu Grunde geht. (Lebhafter Beifall.) Auch ich bin für das Programm: Zollpolitisches Näherrücken zum deutschen Reiche und dann, aber auch erst dann, Regelung unserer Verhältnisse zu anderen Staaten. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Inzwischen hat, wie wir in unserer Sonnabend-Nummer berichteten, auch die Teplitzer Stadtvertretung dem Wunsche nach einem, wie oben dargelegt gestalteten deutsch-österreichischen Zollbündnisse Ausdruck gegeben.

Vermischtes.

Leipzig, 6. October.

*— Silbercours. Der Cours, zu welchem die in Silber zahlbaren Coupons der österreichischen und ungarischen Werthpapiere, sowie die ausgeloosten Stücke an den deutschen Zahlstellen eingelöst werden, ist von 85½ Proc. auf 85¼ Proc. herabgesetzt worden. Es werden demnach bis auf Weiteres für 100 fl. gezahlt 170,75 ℳ

*— Entwickelung des Musterregisters. Im Monat September sind von 322 Urhebern 6390 neu geschützte Muster bezw. Modelle veröffentlicht worden: Von denjenigen Urhebern, die in Leipzig Muster und Modelle niedergelegt haben, sind 3 Ausländer (1 Oesterreicher, 1 Engländer und 1 Belgier). Im Vergleich zum September 1888 war die Zahl der Urheber um 24, die der Muster und Modelle um 154 kleiner. — Seit Eröffnung des Musterregisters (1. April 1876) sind im „Reichs-Anzeiger" Bekanntmachungen über 789 777 neu geschützte Muster bezw. Modelle (226 520 plastische und 563 257 Flächenmuster) veröffentlicht worden, darunter 4600 von Ausländern niedergelegte (von Oesterreichern 3212, Franzosen 856, Engländern 216, Spaniern 21, Nordamerikanern 19, Belgiern 56, Norwegern 10, Schweden 7, Italienern 2, Schweizern 2).

-r. Adorf, 4. October. Die neue gesetzliche Bestimmung, daß bei dem kleinen Grenzverkehr mit Mehl und Brod (in Mengen bis zu 3 kg) jedesmal die Zollstraße eingehalten und daß von dem Einführenden ein Erlaubnißschein der Ortsbehörde vorgelegt werden muß, hat dahin geführt, daß zur Zeit auf dem Wege zwischen hier und Roßbach, der nicht als Zollstraße gilt, Mehl und Brod überhaupt nicht mehr eingeführt werden; doch war dafür bis zum 30. September der Verkehr desto lebhafter. Daß sich die Mühe lohnt, geht daraus hervor, daß das Pfund bestes ungarisches Weizenmehl in Roßbach 16 ₰ und das Pfund Speck 68 ₰ kostet, während hier dafür 24 bezw. 120 ₰ gefordert werden. — Die Fleischer klagen darüber, daß sie beim besten Willen, selbst zu hohen Preisen, nicht genug Schlachtvieh bekommen können, und daß namentlich Kälber sehr rar sind. Könnten sie solches ungehindert in Böhmen kaufen, so hätten sie die Auswahl und brauchten auch nicht so hohe Preise zu bezahlen, wie auf sächsischer Seite.

Δ Aus dem Voigtlande, 5. October. Die in Mühltroff von der Firma Robert Eschke eingeführte Gold- und Silberweberei, d. h. die Herstellung baumwollener Stoffe, mit Gold- und Silberfäden durchschossen, beschäftigt zur Zeit 70 Stühle. Die Waare, welche in der Hauptsache zur Anfertigung von Costümen Verwendung findet, wird nach allen Welttheilen versendet. Zur Zeit wird eine große Bestellung für das Hoftheater zu London ausgeführt, wo die Stoffe bei der Aufführung eines neuen Stückes Verwendung finden sollen.

*— Vereinsbank in Zwickau. Die Actionaire werden aufgefordert, die zur Erfüllung von 1000 ℳ für jede Actie noch rückständigen Einzahlungen und zwar 250 ℳ bis spätestens am 15. October d. J., sowie 250 ℳ bis spätestens am 15. December d. J. abzüglich 4 Proc. Zinsen vom Einzahlungstermine bis zum 31. December d. J. gerechnet, zu leisten. (Vergl. Inserat 6317.)

-n. Aus dem Erzgebirge, 5. October. Wenn irgend etwas geeignet ist, der Geschäftswuth, wie sie sich bei der Coursstreiberei an den Börsen und bei der weiter um sich greifenden Gründung von neuen Actiengesellschaften geltend macht, entgegenzutreten, so kann es nur die von der Reichsbank festgesetzte Erhöhung des Bankdisconts und des Lombardzinsfußes sein; denn nach unserer Meinung ist thatsächlich das billige Geld einfach die Ursache dazu, daß die Gelder, für die man eine höhere Verzinsung erstrebt, in unsicheren Werthen angelegt werden. Wir haben auch im Gebirge während der letzten Zeit mehrere Gründungen erlebt, die meist auf guter Grundlage beruhen, die aber, so dünkt es uns, doch etwas hoch bezahlt wurden.

*— Sächsische Gußstahl-Fabrik zu Döhlen. Die bisher bewirkten Abschreibungen stellen sich auf den Betrag von 1 910 875,93 ℳ bei einem Actiencapital von 1 500 000 ℳ, es sind demnach ca. 410 000 ℳ mehr abgeschrieben worden, als das ganze Actiencapital ausmacht. Der Reservefonds beziffert sich mit 205 166,25 Mark, gleich nahezu 14 Proc. des Actiencapitals. Außerdem ist noch ein Erneuerungsfonds in Höhe von 40 000 ℳ und ein Delcrederefonds im Betrage von 30 000 ℳ vorhanden. Die Fabrikgrundstücke stehen mit 96 675 ℳ, die Wasserkraft, Teiche und Gräben mit 29 135 ℳ, die Grubenfelder mit 102 626 ℳ, die Gebäude und Eisenbahnen mit 499 318 ℳ und die Maschinen und Oefen mit 327 833,70 ℳ zu Buche. An Creditoren weist die Bilanz auf 17 816,36 ℳ, während sich die Debitoren einschließlich 47 941,66 ℳ Guthaben bei Bankiers auf 376 592,33 ℳ und die Cassenbestände auf 16 524,20 ℳ belaufen und die Vorräthe sich mit 383 365,88 ℳ beziffern. Aus diesen Ziffern ist zu ersehen, daß die Finanzlage des Unternehmens eine außerordentlich günstige ist. Was die geschäftliche Situation desselben anlangt, so ist dieselbe als eine ganz vorzügliche zu bezeichnen. Das am 30. Juni c. abgelaufene Geschäftsjahr förderte so erfreuliche Resultate zu Tage, daß bekanntlich eine Dividende von 12 Proc. zur Vertheilung gelangen kann. In das neue Jahr ist die Gesellschaft unter Umständen eingetreten, die auch eine weitere gedeihliche Entwickelung des Unternehmens hoffen lassen. Der gegenwärtige schwunghafte Geschäftsgang hat die Fabrik bereits mit so reichlichen Aufträgen versorgt, daß dieselbe noch monatelang an deren Ausführung zu arbeiten haben wird.

L. Freiberg i. S., 5. October. Bei der zu den hiesigen fiscalischen Erzbergwerken gehörigen Himmelfahrt Fundgrube vor dem Donatsthor (bestehend aus Bergmannsluft Fundgrube, Morgenstern Erbst., Oberes neues Geschrei Fundgrube, Prophet Samuel Fundgrube und Rudolf Erbst.) wurden im Jahre 1888 89 Beamte, 1426 ständige und 157 nichtständige Arbeiter beschäftigt. Das Ausbringen des Werkes betrug an Silber-, Blei-, Kupfer-, Zink-, Arsen- und Schwefelerze 12 235,8684 t im Werthe von 1 010 979,77 ℳ, an Schwerspath 2,370 t im Werthe von 23,76 ℳ, an Scheidstufen für 315,40 ℳ, an Wäschsand für 2501,17 ℳ, an Setzgraupen für 2886,17 ℳ Die Capital- oder Zubußeinzahlung betrug 671 591,99 ℳ, worunter 195 715,29 ℳ für Neuanlagen. — Im gleichen Jahre beschäftigte die ebenfalls dem königl. sächs. Staatsfiscus gehörige Grube Himmelsfürst Fundgrube hinter Erbisdorf (sammt Hoffnung Gottes Fundgrube bei Langenau) 91 Beamte, 1508 ständige und 98 nichtständige Arbeiter. Das Ausbringen des Werkes betrug an Silber-, Blei-, Kupfer-, Zink-, Arsen- und Schwefelerze 8201,789 t im Werthe von 1 025 784,93 ℳ, an Erzgraupen für 4622,40 ℳ, an Scheidstufen für 3818,83 ℳ, an Setzgraupen, Wäschsand, Gerenn- und Grabenschlämme für 4850,93 ℳ, an Schwefelkies für 1,30 ℳ. Die Capital- oder Zubußeinzahlung betrug 462 632,99 ℳ, worunter 80 981,22 ℳ für Neuanlagen. — Bei der gleichfalls dem königl. sächs. Staatsfiscus gehörigen Grube Beihilfe-Churprinz (bestehend aus Beihilfe Erbst. zu Halsbrücke und Churprinz Friedrich August Erbst. zu Großschirma) betrug im selben Jahre die Zahl der beschäftigten Beamten 21, sowie 351 ständige und 32 nichtständige Arbeiter. Das Ausbringen des Werkes betrug an Silber- und Bleierzen 1933,535 t im Werthe von 312 835,68 ℳ, an Schwerspath 143,500 t im Werthe von 1435 ℳ, an Bleiglanz 2,1855 t im Werthe von 620 ℳ, an Scheidstufen für 30,10 ℳ, an Wäschsand für 1961,30 ℳ. Die Capital- oder Zubußeinzahlung betrug 66 468,85 ℳ, worunter 23 639,36 ℳ für Neuanlagen. — So unerfreulich auch diese Zahlen berühren, hat man doch Grund, wieder auf bessere Zeiten bei dem hiesigen Bergbau zu hoffen. Das Ausbringen von Himmelfahrt Fundgrube betrug z. B. in den Jahren von 1524 bis mit 1871 im Ganzen 1 002 828 Pfd. Silber, 903 847 Ctr. Blei incl. 7377 Ctr. Bleiglätte, 33 621 Ctr. Kupfer, 37 560 Ctr. Zink, 136 403 Ctr. Schwefel und 30 115 Ctr. Arsenik. Die erlangte Erzbezahlung betrug hierbei 25 730 644 Thlr. und der an die Gewerken vertheilte Ueberschuß 3 344 644 Thlr. In den Jahren 1866—1870 betrug durchschnittlich allein in einem Jahre die Erzbezahlung 766 216 und der Ueberschuß 85 760 Thlr. Himmelfahrt Fundgrube ist zwar schon eine sehr alte Grube, konnte sich aber keineswegs immer guter Zeiten rühmen. So hatte die Grube seit 1816 weit über 20 000 Thlr. aus der ehemaligen Gnadengroschencasse (Beisteuer der Ueberschuß gebenden Gruben) vorgeschossen erhalten, auch beinahe ebensoviel durch die Zubußen der Gewerken. Viele andere Schulden waren erwachsen; die Kuxe der Grube waren fast werthlos geworden und die Aussichten ganz entmuthigend, — da wurden endlich 1831 auf dem „Neue Hoffnung Flachen" und „Lob Gott Morgengang" reiche Erzmittel angefahren, und das Glück führte immer weiter von Anbruch zu Anbruch. Nach und nach konnte die Grube alle Schulden bezahlen und ihr Betriebsfeld so erweitern, daß sie bis in jüngster Zeit das großartigste und ergiebigste Silberbergwerk Sachsens war. Das ziemlich weit ausgedehnte Abbaufeld von Himmelfahrt Fundgrube umfaßt die Stadt Freiberg und 330 ehemals selbstständige kleine Gruben, sowie das Werk 1874 noch etwa 3000 Mann Belegung und 14 gangbare Hauptschächte hatte. Im obengenannten Jahre zahlte Himmelfahrt Fundgrube 76 800 Thlr. und Himmelsfürst Fundgrube 28 800 Thlr. Ueberschuß an die Gewerken. Von 1701 bis 1800 stehen bei dem Freiberger Bergbau auf 1 932 052 Thlr. Zubuße 3 579 777 Thlr. Ausbeute, so daß also die Gewerken außer der Rückerstattung ihres Zubußcapitals noch einen Ueberschuß von 85 Proc. erzielten.

*— Preßspanfabrik Unterfachsenfeld, Actien-Gesellschaft, vorm. M. Hellinger. Bekanntlich hat der Aufsichtsrath die Dividende auf 9½ Proc. festgesetzt. Dieses Ergebniß muß als ein besonders günstiges bezeichnet werden, da es nicht nur die Schätzung von 9 Proc. überschreitet, sondern auch noch Abschreibungen in ansehnlicher Höhe zuläßt. Die Erzeugnisse des Unternehmens erfreuen sich fortgesetzt großer Beliebtheit.

+ Schmölln, 5. October. Wie das hiesige „Wochenblatt" berichtet, hat im vergangenen Vierteljahre die Ausfuhr von Steinnußknöpfen aus dem auch unsere Stadt umfassenden Bezirke der Consulatsagentur zu Gera nach den Vereinigten Staaten von Amerika gegen das Vorjahr eine Abnahme erfahren. Im Vorjahre wurden im dritten Vierteljahre noch für 14 385,99 ℳ Steinnußknöpfe nach Nordamerika exportirt, heuer dagegen in demselben Zeitraume nur für 10 704,97 ℳ Das bedeutet eine Abnahme von 3681,02 ℳ oder 25 Proc.

Berlin, 5. October. „Und bist Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt." An diese Worte hat die Berliner Börse in der vergangenen Geschäfts-Periode sich wohl erinnern dürfen. Sie war nicht willig, den schwieriger gewordenen Geld-Verhältnissen Rechnung zu tragen; die Macht der Hausse schien schlechterdings nicht zu brechen, — aber schließlich hat man sich doch beugen müssen. Was die Londoner Discont-Erhöhung und der theuere Geldstand gelegentlich der hiesigen Ultimo-Liquidation nicht zu Wege gebracht, das hat der Ausweis der Deutschen Reichsbank vom Ende September und die gleichzeitige Discont-Erhöhung erzwungen, nämlich größere und umfassendere Realisationen auf allen Theilen des Effectenmarktes. Einen solchen Geldbedarf hat selten ein Ausweis angekündigt; das selbstwirkende Alarmsignal der Reichsbank ist erklungen: der Notenumlauf der Reichsbank ist über die steuerfreie Grenze hinausgegangen, was auch dem blödesten Auge unliebsame Geldverhältnisse, vor Allem eine Ueberspannung des Credites ankündigen soll. Jener Notenumlauf, von dem man nach der Erfahrung weiß, daß er für die legitimen Ansprüche von Handel und Industrie wohl ausreicht, genügt nicht mehr, denn Groß und Klein, Arm und Reich, Hinz und Kunz haben in den letzten Jahren mit dem vom Banker erborgten Gelde Bank-, Bahn- und Montanactien erworben, ihren Banker so wieder nöthigend, seinen eben auch nicht unerschöpflichen Geldvorrath durch Hülfe der Reichsbank zu vervollständigen. Und ist nun, so fragen wir, das Alarmsignal der Reichsbank auch von Allen gehört und beachtet worden, wie es angeht? Darauf kann man zweifellos nur „Nein" antworten. Gegenüber den vorhandenen Auswüchsen der Speculation sind die vorgenommenen Realisationen und die entstandenen Cours-Rückgänge nur winzig. Der gesammte Verlauf des Geschäftes beweist, wie sehr der allergrößte Theil der Speculanten und der Capitalisten auf dem alten seit Jahren gewohnten Wege verharrt und ein baldiges neues Steigen der Preise erwartet. Nur noch eine ganz kleine abermalige Hausse will man abwarten und mit den Gewinnen, welche diese bringt, dann aber auch ganz bestimmt nach Hause gehen. Das Bedenkliche ist nur, daß Tausende und Abertausende genau in diesem Sinne denken und handeln werden. Unmöglich ist nichts, aber recht wahrscheinlich will es uns nicht vorkommen, daß alsbald aus der heutigen Wirrniß eine neue dauernde allgemeine Hausse hervorgehen sollte. (Berl. Act.)

*— Consulate. Der Kaiser hat im Namen des Reichs den bisherigen Consular-Agenten in Botuschan, Karl Becker, zum Vice-Consul daselbst ernannt.

*— 3½procentige deutsche Reichsanleihe. Durch die Vermittelung der Deutschen Reichsbank soll ein größerer Betrag 3½ proc. Reichsanleihe und zwar im Betrage von über 20 Millionen Mark an eine Anzahl von Banken und Bankhäusern begeben worden sein. Die frühere Gepflogenheit, größere Anleihe-Beträge mit dem sogenannten Preußenconsortium zum Abschluß zu bringen, wird seit einiger Zeit seitens der Reichsbank nicht mehr beobachtet, sondern es wird dem Modus der Einzel-Verhandlungen mit den betreffenden ersten Banken und Bankhäusern der Vorzug gegeben.

*— Bei den genossenschaftlichen Creditvereinen hat sich der ungünstige Einfluß der neuen gesetzlichen Bestimmungen, welche den Geschäftsbetrieb mit Nichtmitgliedern nur als Ausnahme zulassen wollen, schon in einem Umfange geltend gemacht, den selbst die Gegner dieser Bestimmungen im Reichstage nicht völlig vorhergesehen haben. Daß in zahlreichen Fällen größeren Creditvereinen, Volksbanken, Creditbanken, Darlehnscassen-Vereinen ꝛc. das Fortbestehen auf Grund des neuen Gesetzes unmöglich gemacht werden würde, war auch den Urhebern des Entwurfs klar, ja, man konnte deren Behauptung, daß nicht wenige Vereine in ihrem Geschäftsbetriebe über die den Genossenschaften gezogene Grenze hinübergegangen wären und vorzugsweise reine Bankgeschäfte betrieben, nicht schlechthin als unrichtig bezeichnen und mit ihnen der Meinung sein, daß solche Genossenschaften zweckmäßiger die Form von Actiengesellschaften annehmen. Seit Erlaß des Gesetzes haben aber auch Genossenschaften, auf welche diese Erwägungen nicht zutreffen, in großer Zahl ihre Umwandelung in Actien-Gesellschaften beschlossen, weil sie sich, wenn sie auch Geschäfte mit Nichtmitgliedern nicht in größerem Umfange treiben, doch nicht völlig den beengenden Vorschriften des Gesetzes fügen mögen und auch, namentlich in kleineren Orten mit lebhafter gewerblicher Thätigkeit, kaum fügen können. Bis jetzt ist die Liquidation von etwa 50 Genossenschaften, welche als Credit-, Vorschuß- oder Darlehnscassen-Vereine, als Volks- oder Creditbanken oder unter ähnlichen Bezeichnungen dem kleineren Gewerbetreibenden wirksame Unterstützung gewährt haben, im Reiche außer Bayern amtlich publicirt worden, und noch manche andere, welche ihre Auflösung erst in den letzten Tagen vor dem 1. October beschlossen haben, werden in der nächsten Zeit noch bekannt werden. Weitaus die meisten dieser Genossenschaften haben sich bereits in Actiengesellschaften umgewandelt oder stehen im Begriffe, es zu thun.

*— Unsere Ausführungen über die Fondsbörse und die dort herrschenden Mißbräuche, (schreiben heute die „Berl. Pol. Nachr." weiter), welche zu einem Eingreifen des Staates auffordern, haben in der Presse weitgehende Beachtung gefunden. Es kann eben Niemand sich der Ueberzeugung von der Faulheit des jetzigen Zustandes und der Nothwendigkeit einer Remedur verschließen. Wenn aber von der Unmöglichkeit gesprochen wird, von Staats wegen wirksame Abhilfe herbeizuführen, so wird wiederum daran zu erinnern sein, wie wirksam auf dem Gebiete der Productenbörse das Eingreifen des Staates sich erwiesen hat, und daß es dazu nicht einmal eines Actes der Gesetzgebung, sondern nur der Anwendung des staatlichen Aufsichtsrechtes bedurfte. — Jene von uns erwähnten Ausführungen der Presse gegen das Börsenspiel und insbesondere die Coursreibereien auf dem Gebiete der Montanwerthe wurden hauptsächlich durch die Schädigungen hervorgerufen, welchen das Publicum in Folge dessen ausgesetzt ist. Auch den großen Bankinstituten muß eine Entwickelung des Börsenverkehrs unerwünscht sein, welche sie zwingt, ihre Fonds durch Beleihung von Spielpapieren aller Art festzulegen und sie so einer wirklich nutzbringenden Verwendung zu entziehen. Es muß ihnen insbesondere auch daran gelegen sein, sich ihren Antheil an der Beschaffung des Geldbedarfs von Reich und Staat zu erhalten, schon weil hierin auf absehbare Zeit ein regelmäßig wiederkehrendes, auch in Zeiten der Geschäftskrise nicht ausbleibendes Geschäft liegt. Die Gründe, an den Begebungen der Reichs- und Staatsanleihen sich nicht oder doch nur unter für Reich und Staat ungünstigen Bedingungen betheiligen zu können, liegt aber augenscheinlich bereits für manches Bankinstitut vor. In diesem Puncte trifft das Interesse der großen Bankinstitute mit dem des Staates zusammen, welchem es nicht gleichgiltig sein kann, wenn die Quellen, aus denen er seinen Geldbedarf bisher schöpfte, versagen. Dies gilt im Allgemeinen; das Interesse des Staates ist aber ein besonders großes in einer Zeit, in welcher ohne Zweifel eine starke Inanspruchnahme des Credits für Reichs- und Staatszwecke in sicherer Aussicht steht. Es mag dahingestellt sein, ob die Angaben der Presse, insbesondere des „Fremdenblatt" in Wien, über den Betrag der mit dem Reichsetat für 1890/91 zu verbindenden Anleiheforderung, welche dort auf 270 Millionen beziffert wird, im Einzelnen zutreffen. Im Großen und Ganzen wird man mit einer etwa entsprechenden Summe rechnen müssen. Es ist klar, daß angesichts solcher Thatsachen die Abwehrung der anderenfalls verfügbaren Geldmittel für schwindelhafte Börsenzwecke im öffentlichen Interesse nicht mit gleichgiltigen Augen angesehen werden kann, des Falles eines unvorhergesehenen raschen großen Bedarfs gar nicht zu gedenken. Der Gedanke einer staatlichen Action in der Richtung, in welcher die staatlichen Interessen mit denen der großen Bankinstitute, des gesammten Handels und der Industrie zusammentreffen, behufs Beseitigung der an der Fondsbörse herrschenden Mißstände liegt daher in der Luft.

*— Die „Nat.-Ztg." schreibt in ihrem jüngsten Wochenbericht u. A. auch Folgendes: Heute drängen sich einige Blätter mit heftigen Mahnungen vor, die bisher entweder ganz schwiegen oder den Vorgängen an der Börse nur sehr leise gegenübertraten; aber um das Versäumte nachzuholen, brechen sie den Stab über Alles, was an der Börse geschieht, stellen in den Vordergrund das Falsche, das der gegenwärtigen Bewegung anhaftet, verschweigen den in ihr befindlichen haltbaren Kern und rufen den Staat gegen die Börse auf. In unseren Wochenberichten kämpfen wir stets gegen die „brutale Gewalt", wo immer diese sich Geltung verschafft, an der Börse, in dem Gebrauch materieller Mittel, in den Rings und in den Streiks, aber wir konnten constatiren, daß gerade die gefestetsten Finanzkreise, die meisten deutschen Institute dem ungesunden speculativen Treiben ferne stehen, und einen „Heroismus der Entsagung" seit Langem und bis auf diesen Augenblick bekundet haben, der anzuerkennen ist. Alle Diejenigen, welche Zeugen der kritischen Ereignisse von 1871—1875 und deren Folgen waren, welche Commanditantheile bis auf einige 80 Procent sinken sahen, scheuten sich, Antheil an der rapiden Bewegung zu nehmen, wie manches an derselben auch berechtigt erscheint, und ließen über sich lieber den Vorwurf der Zaghaftigkeit ergehen, welche die Wandelung der Zeiten nicht begreift. Die „Kreuzzeitung" war wohl in der Lage, sich davon zu unterrichten, daß viele Berliner Banken sich gegen die übermäßige Speculation in Kohlenwerken stemmten. Die unter der Aegide der Discontogesellschaft stehende Dortmunder Union konnte für 1888/89 sehr gut 4½ Procent als Dividende zahlen, aber sie gab nur 3 Procent, weil sie es vorzieht, die günstigen Jahrgänge zur Befestigung der finanziellen Lage des Unternehmens zu benutzen und hohe Abschreibungen zu machen. Die Denunciation der „Kreuz-Ztg." betreffs der Treiberei der Stamm-Prioritäten der Dortmunder Union ist daher ungerecht. Die „Kreuz-Ztg." sollte einmal die ihr nahestehenden Kreise haranguiren und von der Spielsucht, die diese an der Börse und an anderen Orten befriedigen, zu heilen suchen. Wir kämpfen an einzig gegen die Spielwuth der Erwerbsklassen der Gesellschaft, wie gegen die Freunde des gesammten Blattes, welche der Börse zujubeln, wenn sie in der Jobberei hohe Gewinne einstreichen, aber sich zu den polternden Feinden der Börse gesellen, wenn ihre Operationen fehl gehen.

L. Ungeahnte Gefahren hat das neue Branntwein-Steuer-Gesetz für diejenigen zahlreichen Beamten gebracht, welche mit der Ausführung desselben beauftragt sind. Bekanntlich bestimmt das Gesetz, daß zur Verhütung einer unerlaubten Entnahme von unversteuertem Spiritus oder Spiritusdämpfen aus den Destillirapparaten der Brennereien die Ableitungen an allen zugänglichen Verbindungsstellen mit amtlichen Bleisiegeln verschlossen werden sollen. Viele Hundert derartiger Plomben sind oft in einer einzigen Brennerei hierzu erforderlich, und da die meisten Rohrleitungen sich an der Decke der größtentheils sehr hohen Brennereiräume hinziehen, so ist der mit der Prägung der Plomben betraute Beamte genöthigt, diese Manipulation auf hoher Leiter vorzunehmen. Er bedient sich hierzu einer mit eingravirtem Stempel versehenen, schweren und unförmigen Vorrichtung, welche er unter Anwendung seiner vollen Kraft mit beiden Händen zusammenpressen muß, um die verlangte klare Prägung der Plombe zu erreichen. Da er hierbei ohne jeden Stützpunct ist, so bedarf es nur eines Ausgleitens oder einer unvorsichtigen Bewegung und der Beamte stürzt von der schwankenden Leiter, wobei er schwere, ja tödtliche Verletzungen erleiden muß, insbesondere, wenn er von einer der in Bewegung befindlichen Maschinen erfaßt wird, wie dies leider erst kürzlich passirt ist. Angesichts der nun bald beginnenden diesjährigen Brennereicampagne, wo aufs Neue diese gefahrvolle Arbeit verrichtet werden muß, tritt zugleich an die Steuerverwaltung die ernstliche Verpflichtung heran, Mittel und Wege zu ersinnen, durch welche die ausführenden Beamten vor diesen Gefahren behütet werden können. Der Staat, welcher von der Industrie mit Recht eine Vermehrung des Arbeiterschutzes verlangt hat, ist doch anderseits in allererster Linie verpflichtet, auch seinen Beamten diesen Schutz angedeihen zu lassen, selbst wenn derselbe, wie dies im vorliegenden Falle zu sein scheint, mit nicht unerheblichen Kosten verbunden sein sollte. Es erscheint uns übrigens hierbei angebracht, die Steuerbehörde auf die Erfolge hinzuweisen, welche einzelne Berufsgenossenschaften durch Preisausschreiben für gute Schutzvorrichtungen erreicht haben.

☐ Einfuhr italienischer Weine. Der preußische Handelsminister macht die Handelskammer auf eine Schrift des Prof. G. B. Cerletti: „Notes sur l'industrie et le commerce du vin en Italie" (Rom 1889) aufmerksam, welche nicht nur mit großer Sachkenntniß geschrieben sein soll, sondern auch reiches statistisches und Kartenmaterial enthält. Hervorgehoben ist besonders, daß die verminderte Weinausfuhr nach Frankreich die Folge haben werde, daß Italien nur gute Weine und zwar in zum unmittelbaren Gebrauch bestimmten Typen ausführen werde. Trotzdem wird aber Italien ebenfalls noch für längere Zeit angewiesen bleiben, billige Rohweine in den bisherigen Typen auszuführen, um für dieselben das in Frankreich verlorene Absatzfeld anderwärts zu gewinnen. Es mag daher auf den Bezug der billigen italienischen Verschnittweine hingewiesen und zu dem Versuch angeregt werden, aus diesen Weinen durch Mischung mit einheimischen einen billigen reinen, zum Ersatz für den sogenannten Bordeaux geeigneten Tischwein herzustellen.

*— Zuckerausfuhr. Vom 1. August bis Ende September wurden mit Anspruch auf Steuervergütung in das Ausland ausgeführt 6 486 851 kg Rohzucker von 90 Proc. Polarisation und Raffinade unter 98 Proc. (im Vorjahre 12 801 385 kg), ferner 6 476 526 kg Candis und Brode (gegen 11 226 337 kg) und 879 578 kg sonstiger Zucker (gegen 1 873 121 kg).

*— Einen Beweis, daß noch immer in Deutschland und speciell in seinen östlichen Theilen ein landwirthschaftlicher Nothstand herrsche, hatte vor Kurzem der „Reichsanzeiger" durch Mittheilungen über einzelne in jüngster Zeit stattgehabte Zwangsverkäufe ostpreußischer Güter zu erbringen versucht. Um den Rückgang des Bodenpreises darzuthun, war dabei insbesondere auf die Zwangsversteigerung des Guts Glückshöfen hingewiesen. Aus demselben Kreise, in welchem dieses Gut belegen ist, geht nun aber der „Nat.-Ztg." von sachkundiger Seite eine Zuschrift zu, welche die Behauptungen und Schlußfolgerungen des „Reichsanzeigers" in folgender treffender Weise beleuchtet: „Allerdings ist das Gut am 3. October 1888 (nicht März 1889) auf 119 685 ℳ gerichtlich geschätzt, während es bei der Subhastation erzielten Zwangsversteigerung am 12. Juli 1889 für 86 200 ℳ zugeschlagen ist. Dazwischen sind aber bis zur Einleitung der landschaftlichen Zwangsverwaltung nicht nur zahlreiche Zwangsvollstreckungen in das Gutsinventar und die Vorräthe erfolgt, welche erst aufhörten, als alles greifbar Mobiliar fortgeschafft war, sondern es hat auch die Gutsverwaltung selbst zur Deckung von Schulden noch darüber hinaus Verkäufe von Vieh und Vorräthen vornehmen müssen. Das Gut ist also sehr verschlechtert. Die landschaftliche Taxe (nicht Beleihungsfähigkeit) betrug im Frühjahr 1889 84 000 ℳ Die Beleihung erfolgt nur in Höhe von ⅔ dieses Werthes. Trotzdem hält man allgemein den Preis von 86 200 ℳ für einen niedrigen, aber Zwangsversteigerungen liefern der Natur der Sache nach ein sehr zufälliges Ergebniß, und kann der darin erzielte Preis keinen Maßstab für den Werth eines Grundstückes abgeben. Daß bei freiwilligen Verkäufen die Preise in hiesiger Gegend zurückgegangen, habe ich weder selbst bemerkt, noch von zuständigen Beobachtern behaupten gehört. Im Gegentheil läßt sich, namentlich bei kleinen Besitzungen, eine Steigerung der Bodenpreise bis in die letzte Zeit feststellen."

T. Feuerversicherungsverein der preußischen Eisenbahnbeamten. In gleicher Weise, wie bereits die Forstbeamten und die Lehrer Feuerversicherungsvereine begründet haben, die sich sehr gut bewähren, haben jetzt die preußischen Eisenbahnbeamten beschlossen, für sich eine solche Feuerversicherungsanstalt zu errichten. Die Zahl der etatsmäßigen Eisenbahnbeamten beträgt zur Zeit über 73 000. Hierzu kommen noch gegen 150 000 Hilfsbeamte ꝛc. Da diese Beamten zerstreut in der ganzen Monarchie wohnen, so wird sich eine Feuerversicherungsanstalt (Mobiliar) derselben gut rentiren, zumal auch die Verwaltung derselben ehrenamtlich geführt wird und daher fast gar keine Kosten verursacht. Vorläufig ist nur auf die preußischen Bahnbeamten Bedacht genommen, eine Ausdehnung auf ganz Deutschland steht aber in Aussicht.

+ Deutsche Industrie-Actien-Gesellschaft. Die ordentliche General-Versammlung dieser Gesellschaft war durch die Besitzer von 583 Stimmen besucht. Auf Anfrage gab der Vorsitzende eingehende Auskunft über den schlechten Verlauf des Geschäftes, indem er sagte, daß der Aufsichtsrath selbst in hohem Grade durch denselben überrascht sei. Man habe dem Aufsichtsrathe den Vorwurf gemacht, nicht frühzeitig genug den schlechten Erfolg erkannt zu haben, indessen mit Unrecht, denn die Gesellschaft fertigt 2000 verschiedene größere oder kleinere Artikel, so daß hierdurch, wie durch

SLUB
Wir führen Wissen.